

Germanisierung Europas ?

Eine Dokumentation von Prof. Dr. Georg Grasnick

In dem am 12. Februar 1992 von den Staatsoberhäuptern und Staatschefs der EU unterzeichneten Vertrag über die Europäische Union ist u.a. nachzulesen: „Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden... Aufgabe der Union ist es, die Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten sowie zwischen ihren Völkern kohärent und solidarisch zu gestalten.“ (1)

Knapp zehn Jahre nach der Vertragsunterzeichnung steckt die EU in einer Dauerkrise. Finanz-, Wirtschafts-, Schulden-, Euro- und Sinn-Krise beschäftigen die Gipfeltreffen. Von „solidarischem Gestalten“ oder „bürgernahen Entscheidungen“ ist längst keine Rede mehr. Finanzökonomien sprechen von einem „tiefen Riss in der Euro-Zone“ und von einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“. Südeuropa wird als „Wachstumshindernis“ (2) bezeichnet. Einige der Mitgliedsstaaten stehen am Rande des Staatsbankrotts. Italien, drittgrößte Volkswirtschaft in der EU, nähert sich der gefährlichen Zinsschwelle, bei der Griechenland, Irland und Portugal Nothilfe aus dem Rettungsfonds brauchten. Die Europäische Zentralbank (EZB) kauft – entgegen ihrem Statut – weiter Staatsanleihen auf, nun von Italien und Portugal. Schon 2010 hatte sie solche Papiere von Griechenland und Spanien in Höhe von fast 80 Milliarden Euro aufgenommen. Sie verwandelt sich immer mehr zu einer Bad-Bank.

Kerneuropa mit Deutschland an der Spitze versucht auf seine Weise aus der Krise herauszukommen. Indes verschärfen sich die Krisenwirkungen. In Frankreich stagniert die Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal kaum noch gewachsen. Wiederholt spielen sich heftige Turbulenzen an der Börsen ab.

Der normale Bürger findet sich in dem Wirrwarr politischen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Geschehens kaum noch zurecht.

Deutsches Modell zur Krisenbewältigung?

Anfang August ließ die EU-Zentrale die Alarmglocken läuten.

Mitte August „kreiste“ dann in Paris der Merkel-Sarkozy-„Gipfel“ und „gebar“ oder wiederholte im wesentlichen bereits bekannte Überlegungen: Die Idee einer EU-Wirtschaftsregierung, die Ergänzung der Verfassungen der Mitgliedsstaaten durch eine Schuldenbremse und – neu – eine Finanztransaktionssteuer. Eurobonds, d.h. gemeinsame Anleihen der Länder der Eurozone, um angeschlagenen Mitgliedsländern die Möglichkeit zu bieten, Kredite zu günstigen Zinskonditionen in Anspruch zu nehmen, wurden abgelehnt. Die Berliner schwarz-gelbe Koalition feierte die Ergebnisse des Gipfels als „historischen Durchbruch für eine stabile Zukunft Europas“. (3)

Warum brachte das Treffen nichts Neues?

Als die Euro-Krise Anfang 2010 zunächst besonders Griechenland erfasst hatte, wandte sich Athen an die Brüsseler Zentrale um Hilfe. Die Regierung war nicht mehr in der Lage, Kredite an den internationalen Finanzmärkten zu akzeptablen Zinssätzen aufzunehmen. Anfang Mai 2010 gewährten EU und Internationaler Währungsfonds (IWF) Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro. Laufzeit bis 2013. Bald darauf sah sich Brüssel veranlasst, infolge der schwerwiegenden Krisenwirkungen in Irland und Portugal, einen „Rettungsschirm“ in Höhe von 750 Milliarden Euro aufzuspannen.

Auf einem Gipfel Ende März 2011 wurde den Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedsstaaten ein „Euro-Plus-Pakt“ zur formellen Bestätigung vorgelegt. Die 17 Mitglieder der Eurozone hatten ihn bereits am 17. März verabschiedet. Der Pakt soll der „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit“ der EU dienen.

Sein Inhalt?

Die Mitgliedsländer sind aufgefordert, die Schuldenbremse in ihre Verfassungen aufzunehmen, das Renteneintrittsalter „der demographischen Entwicklung anzupassen“, die von einigen Ländern bisher praktizierte automatische Anpassung der Löhne an die Inflationsentwicklung abzuschaffen, das Arbeitslosengeld zu reduzieren und die Körperschaftssteuersätze einander anzugleichen. Die Lohnentwicklung als ein Kernproblem soll sich an den Lohnstückkosten orientieren. An den für die Konzerne günstigsten natürlich. Die sind in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt lediglich um sechs Prozent gestiegen, in den anderen EU-Ländern um 20 bis 30 Prozent. (4)

Bei den Forderungen – verschämt werden sie gelegentlich auch „Empfehlungen“ genannt - ist die deutsche Handschrift nicht zu übersehen. Der Entwurf ist ja auch in Berlin formuliert worden. Die Agenda 2010 und Hartz IV haben Modell gestanden.

Mit diesen Forderungen „verlangt Bundeskanzlerin Merkel, dass die Wirtschaftspolitik im Euroraum deutschen Prinzipien folgen soll“, schrieb die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Und sie fügte hinzu: „Für Franzosen, Belgier, Spanier und Portugiesen gliche die Abschaffung inflationsgebundener Löhne einem sozialen Kahlschlag.“ (5) Das Blatt hatte Tage zuvor kommentiert, dass der Pakt „nach deutschem Diktat schmeckt, weil er den Euroraum Deutschland ähnlicher machen soll.“ (6)

Der Gipfel im März 2011 hatte übrigens schon auf eine „Verstärkung der wirtschaftlichen Governance“ orientiert, also auf die Konstituierung einer EU-Wirtschaftsregierung. Merkel und Sarkozy wiederholten im August diese Idee. Früher hatte Merkel eine derartige Einrichtung entschieden abgelehnt.

Um globalstrategische Ziele

Werden die Ergebnisse des Pariser Merkel-Sarkozy-Treffens die aktuelle Krisenproblematik überhaupt beeinflussen?

Die erwähnte Wirtschaftsregierung – Frau Merkel spricht von einer „verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung“ – wird von Insidern als „Vision“ bezeichnet.

Für die Konstituierung einer EU-Wirtschaftsregierung ist eine Änderung der europäischen Verträge erforderlich. Die aber ist nur durch einen einstimmigen Beschluss aller 27 EU-Mitglieder möglich. Fakt ist aber, dass „deren Begeisterung für neue Reformschritte aktuell gegen null tendiert.“ (7) Das Ringen um parlamentarische Mehrheiten in den Mitgliedsstaaten der Euro-Zone braucht Zeit. Nach einer möglichen Konstituierung eines solchen Gremiums sollen die Staatschefs der Euro-Zone zwei Mal jährlich zusammenkommen. Bisher tagen die 27 Staatschefs der EU alljährlich.

Was die von Frau Merkel vorgeschlagene Verankerung einer Schuldenbremse in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten angeht, so habe Sarkozy nur deshalb zugestimmt, so heisst es, weil er, wie die deutsche Kanzlerin genau weiss, dass diese Entscheidung bei den Partnern gar nicht durchzusetzen ist. Die erforderliche verfassungsändernde Mehrheit in jedem einzelnen Land sei „nicht mehr als ein Luftschloss der deutschen Diplomatie.“ (8) Deutsche Beharrlichkeit will dennoch alles daran setzen, parlamentarische Mehrheiten in den Partnerländern im kommenden Jahr oder 2013 zustande zu bringen.

Worauf läuft dann aber hinaus, was hier vom deutschen Kapital verlangt und von der deutschen Bundeskanzlerin so vehement vertreten, ja, als „historischer Durchbruch gefeiert wird?

Offenbar spielen globalstrategische Zielsetzungen des deutschen Imperialismus dabei eine maßgebliche Rolle.

Deutsche Think Tanks stellen jetzt mit Nachdruck einen „beginnenden weltpolitischen Abstieg“ und „schleichenden Bedeutungsverlust Europas“ (9) sowie den Vormarsch neuer Führungskräfte in der Welt fest, dem begegnet werden müsse. Über zwei Drittel befragter

Angehöriger der deutschen Elite rechnen mit wachsender Konkurrenz um die „globale Vorherrschaft“ zwischen dem Westen und Asien“. (10)

Insofern läuft die von der deutschen Bundesregierung, vor allem von Bundesfinanzminister Schäuble erhobene Forderung nach einer „stärkeren politischen Integration der EU“ (11) auf folgendes hinaus:

Erstens soll die EU zu einer globalen Exportmacht entwickelt werden, um den Profiterwartungen des Vizeexportweltmeisters dauerhaft zu genügen. Schon vor zehn Jahren hatte die Bundesregierung einen Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU auf den Weg gebracht, die Union zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen.(12)

Zweitens soll mit der Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassungen der Mitgliedsstaaten der Sparzwang festgeschrieben und sollen schrittweise die sozialen Standards in der EU nach unten angeglichen werden.

Drittens soll mit der Wirtschaftsregierung eine Zentralisierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen erreicht werden. Künftig sollen die EU-Mitgliedsländer in Brüssel ihre Haushaltsplanung und ihre mittelfristige Planung zur Überprüfung vorlegen.

Und zwar ein halbes Jahr bevor die nationalen Parlament damit befasst werden. Damit würden die Kompetenzen Brüssels bedeutend erweitert, die Souveränitätsrechte der Staaten eingeschränkt, die nationalen Parlamente weitgehend entmachtet. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hält das für selbstverständlich, denn, so doziert er, „... die Integration muss fortschreiten, und ein Staat mit Problemen, dem geholfen wird, muss im Gegenzug einen Teil seiner Hoheitsrechte an die EU abgeben.“ (13)

Viertens soll die dominierende Rolle der politisch und ökonomisch stärksten Macht in der EU, nämlich Deutschlands, ausgebaut und befestigt werden. „Wenn Deutschland seine Ansichten äußert, dann tut dies auch die Eurozone“, (14) ist Johannes Laitenberger, Kabinettschef von Kommissionspräsident Barroso, überzeugt.

Hilfreich könnte dabei sein, dass die deutschen Bundesregierungen über viele Jahre die Brüsseler Eurokratie personell stark unterwandert haben.

Bleibt die Finanztransaktionssteuer. Sie scheiterte bisher am Widerstand Großbritanniens. Würde die Steuer allein für den Euroraum beschlossen, würde sich mit Sicherheit das so einträgliche Geschäft der Spekulanten nach London oder New York verlagern, wo die Steuer nicht erhoben wird.

Aussitzen und Blockieren im Geschäftsinteresse

In ihrem Krisenmanagement wendet die Bundeskanzlerin zeitweilig ihre oft geübte Praxis des Aussitzens und Blockierens an.

Beispielsweise erklärte sie im März 2010 bei den EU-Rettungsaktionen für das angeschlagene Griechenland kategorisch: „Es gibt keine Haushaltsmittel für Griechenland.“ Acht Wochen später beschlossen EU und IWF das erste „Rettungspaket“ für das Land. Immerhin hatte Frau Merkel eine Terminverzögerung erreicht. Dadurch erhielten die deutschen Banken genügend Zeit, ihre Griechenlandgeschäfte abzuwickeln. Merkels Spiel auf Zeit komplizierte die Situation in Griechenland beträchtlich. Sie „habe mit ihrer Verweigerungshaltung die Krise verschärft und die Kosten der Rettung in die Höhe getrieben“, bemerkte „Der Spiegel“. (15)

Schließlich beschloss der Gipfel ein weiteres Rettungspaket für Griechenland in Höhe von 109 Milliarden Euro. Die Märkte und Börsen zeigten sich über das frische Geld äußerst zufrieden. Athen war flüssig, um fällige Zinsen vor allem an deutsche und französische Banken zu zahlen. Der Schuldenberg des Landes wächst zugleich auf 340 Milliarden Euro. Durch eine „teilweise Entschuldung“ soll Athen in den nächsten Jahren handlungsfähig bleiben. Der Euro-Rettungsfonds (ESPS) soll am Markt griechische Staatsanleihen,

ausgesprochene Schrottschuldenpapiere, zu Schleuderpreise aufkaufen und mit einem Abschlag, aber mit Garantien aller Euro-Länder wieder an die Finanzmärkte geben. Die Laufzeiten bestehender Kredite werden auf 15 bis 30 Jahre verlängert. Im Rahmen der „freiwilligen Beteiligung privater Gläubiger“ am Rettungspaket wollen Banken, Versicherungen und Fonds, wie es heisst, auf ein Fünftel ihrer Forderungen verzichten. Eine Posse für ein politisches Laientheater. Sind doch Banken, Versicherungen und Investmentfonds die großen Gewinner der Krise. Der Volkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, gibt auch freimütig zu verstehen: „Der Privatsektor kommt da ganz gut raus. Dieser Deal ist eine goldene Chance für Banken und Versicherungen. Sie sollten ihn wahrnehmen.“ (16) Und sie nehmen die Chance kräftig wahr. Sie kommen trotz etwas niedrigerer Zinsen infolge Verlängerung der Laufzeit für Kredite voll auf ihre Kosten. Ein weiteres Beispiel für Merkels Krisenmanagement. Lange wehrte sich die Bundeskanzlerin gegen eine „Wirtschaftsregierung“.

Ein drittes Beispiel: „Eine Verlängerung der jetzigen Rettungsschirme wird es mit Deutschland nicht geben“, stellte Frau Merkel im September 2010 klar. Sechs Monate später beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone den neuen, stetigen Krisenmechanismus mit dem Rettungsfonds.(17)

Zur Merkel'schen Praxis des Aussitzen zählt auch ihre augenblickliche Ablehnung von Eurobonds. Der Großinvestor George Soros gibt Merkel die Hauptschuld für die Verschärfung der Euro-Schuldenkrise. Ihre Entscheidung, für Zahlungsausfälle nicht die Europäische Union, sondern jedes Land einzeln bürgen zu lassen, habe die aktuelle Krise mit ausgelöst. „Es war das deutsche Zögern, das die Griechenland-Krise verstärkte und zu der Ansteckung führte, die sie in eine Existenzkrise für Europa verwandelte,“ so Soros. (18) Bundesfinanzminister Schäuble operiert in puncto Eurobonds erpresserisch, um ein politisches Geschäft zu tätigen: „Ich schließe Euro-Bonds aus, solange die Mitgliedsstaaten eine eigene Finanzpolitik betreiben.“ (19)

Die zeitweilige Verweigerungshaltung von Frau Merkel gegenüber weiterer Hilfe für Griechenland ist keinesfalls so zu verstehen, dass ihr die Mitgliedschaft dieses Landes in der Euro-Zone gleichgültig wäre. Die deutsche Bundesregierung dürfte alles daran setzen, von der Krise angeschlagene Mitgliedsstaaten bei der Stange, d.h. in der Gemeinschaftswährung zu halten. Eine Rückkehr zur D-Mark und ein Ausscheiden einzelner Mitglieder aus der Euro-Gemeinschaftswährung ist für den Vize-Exportweltmeister völlig indiskutabel. „Die D-Mark wäre im Vergleich zu Franc, Lira oder Pesete enorm gestiegen und hätte deutsches Exportgut verteuert. Deutschland hat (als stärkste europäische Volkswirtschaft, d.V.) ein fundamentales ökonomisches Interesse am Euro,“ (20) erläuterte die „Westdeutsche Allgemeine“.

Deutsche Banker und Politiker bezeichnen deshalb den Euro auch als „Glücksfall“ für die BRD. Was für das deutsche Kapital, für Großunternehmer, Großbanken und Versicherungskonzerne zweifellos zutrifft. Sie gehören ja auch zu seinen Geburtshelfern. Keines der Länder der Euro-Zone profitiert vom Euro so sehr wie das deutsche Kapital. Der Euro-Binnenmarkt vor der deutschen Tür, dieser so günstige Kapitalverwertungsraum für die deutsche Exportindustrie, bleibt für sie ein Sanktuarium. 60 Prozent des deutschen Exports gehen in den Euroraum. Deshalb sind die deutschen Konzerne brennend daran interessiert, dass die EU-„Partner“ im Euro-Gefängnis verbleiben, „weil sie sich nicht mit der Abwertung einer eigenen Währung wehren können“, konstatiert der Volkswirt und Abgeordnete der Bundestagsfraktion Die Linke, Michael Schlecht.

Schlussfolgerung von Bundesfinanzminister Schäuble: „Wir werden diese europäische Währung nicht nur unter allen Umständen verteidigen, sondern wir werden sie auch schrittweise weiterentwickeln.“ (21)

Übrigens: Das so schwer von der Euro-Krise betroffene Griechenland verzeichnete vor Einführung des Euro eine positive Handelsbilanz gegenüber Deutschland.

Ursachen der griechischen Misere

Die griechische Misere wurde wesentlich durch die aggressive deutsche Exportstrategie verursacht. Von ihr sind auch andere Länder der Euro-Zone betroffen.

Diese Strategie führt bei den Abnehmerländern zu Importüberschüssen, zu Leistungsbilanzdefiziten und beim Vize-Exportweltmeister zu chronischen Außenhandelsüberschüssen. Sie beruht auf einem massiven Lohndumping. Die Niedriglohnpolitik wurde von der Schröder-Regierung mit der Agenda 2010 und Hartz-IV zur Regierungspolitik erhoben und durch die nachfolgenden Bundesregierungen ausgebaut. Die deutsche Wirtschaftspolitik setzt auf Teilzeitarbeit, Zeitarbeit und befristete Beschäftigung, also auf atypische Jobs. So waren 75 Prozent der im vergangenen Jahr unter großem Propagandaaufwand der Bundesregierung entstandenen neuen Jobs atypisch. Nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomik der Hans-Böckler-Stiftung haben heute „nur noch 60 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland ...eine sichere Beschäftigung. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Nur jeder zweite Arbeitsvertrag, der heute unterschrieben wird, ist unbefristet. Die Leiharbeit ist seit 1994 auf das Fünffache gestiegen. Sie überschreitet in diesem Jahr die Millionengrenze,“ (22)

„Die Politik hat die Ausweitung des Niedriglohnsektors mit den Hartz-Reformen massiv unterstützt: Leiharbeit wurde erleichtert und Minijobs gefördert“, schreibt die „Berliner Zeitung“ (23). Und sie kommentiert: „Die Angst vor Hartz IV sorgt dafür, dass sie (die Erwerbstätigen, d.V.) Lohneinbußen akzeptieren und notfalls auch extrem schlecht bezahlte Minijobs oder Leiharbeiter-Stellen hinnehmen.“ (24) Diese Politik wird durch die kategorische Ablehnung flächendeckender Mindestlöhne durch die Bundesregierung ergänzt. Die realen Nettogehälter sind zwischen 2000 und 2010 im Durchschnitt um 2,5 Prozent gesunken.

Es handelt sich also um kein „deutsches Wirtschaftswunder“, wenn die auf solcher Politik aufbauende Exportstrategie so manche Industrie in anderen Länder der Euro-Zone regelrecht niederkonkurriert und deren Produktion von deren Binnenmärkten fegt.

Frau Merkel, die sich betont europäisch zu geben versucht, setzt, wie sie betont, alles daran, die „Exportkraft der deutschen Wirtschaft zu stärken.“

Deutsche Zuchtmeisterin

Die Bundeskanzlerin besitzt den unstillbaren Ehrgeiz, die Euro- und Schulden-Krise zu nutzen, um das von der Schröder-Regierung mit der Agenda 2010 und Hartz-IV geschaffene „deutsche Modell“ zu „europäisieren“. Die anderen Euro-Länder sollen sich an diesem Modell ausrichten. Frau Merkel übernimmt die Rolle einer Zuchtmeisterin in der EU, indem sie die Partner wie folgt zurechtweist:

„Wir können nicht eine Währung haben, und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig.“ (25)

Weiter Frau Merkel:

„Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern alle sich auch ein wenig gleich anstrengen – das ist wichtig“ (26)

Und wiederum Frau Merkel:

„Ja, Deutschland hilft, aber Deutschland hilft nur dann, wenn sich die anderen wirklich anstrengen, und das muss nachgewiesen werden.“ (27)

Und schließlich auch diese Forderung von Frau Merkel:

„Wir können nicht einfach solidarisch sein und sagen, diese Länder sollen mal einfach so weitermachen wie bisher, sondern alle müssen sich an die Regeln halten.“ (28)

Die Regeln aber werden von ihr diktiert. Deutsche Zucht ist angesagt!

Die deutsche Bundeskanzlerin unterstellt den Griechen, Portugiesen, Spaniern und den „anderen“, sich nicht genügend anzustrengen, zu wenig Leistung zu zeigen, zu lange Urlaub zu nehmen, zu früh in Rente zu gehen. Sparen und nochmals Sparen und den Riemen enger schnallen, so lautet die Forderung, die aus Berlin kommt. Anders ausgedrückt: Die Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten soll die Zeche zahlen, die Konzerne und das Finanzkapital mit der Krise angerichtet haben.

Die Unterstellungen der Bundeskanzlerin werden durch die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlichten Daten Lügen gestraft. Hier die OECD-Berechnungen:

Beim Renteneintrittsalter liegt Portugal mit durchschnittlich 67 Jahren weit vor Deutschland mit 61,4 Jahren. (29)

Die Spanier gehen durchschnittlich mit 63 Jahren in Rente.

In Griechenland erhalten 66 Prozent der Rentner weniger als 600 Euro und 14 Prozent mehr als 1.000 Euro Rente. Die Durchschnittsrente beträgt 617 Euro.

Zur Arbeitszeit werden nachstehende Fakten zu den durchschnittlich im Jahr geleisteten Arbeitsstunden ausgewiesen:

Portugal	2119 Stunden	Italien	1773 Stunden
Griechenland	1719 Stunden	Spanien	1654 Stunden
Frankreich	1554 Stunden	Deutschland	1390 Stunden.

Beim Urlaub ist Deutschland einem EU-Bericht zufolge mit 40 Tagen (inklusive Feiertage) gemeinsam mit Dänemark Spitzenreiter in Europa.

Die von der Bundeskanzlerin formulierten Andeutungen und Unterstellungen sind gefährlicher Populismus.

Als vor einem Jahr ihr damaliger Vize Westerwelle in unflätiger Weise Hartz-IV-Empfängern vorwarf, „spätromische Dekadenz“ zu pflegen, gab Frau Merkel lediglich zu verstehen, dass sie „eine andere Diktion“ bevorzuge. Diese „Diktion“ hat sie jetzt, wie nachzulesen war, artikuliert.

„Bankenrettung durch Sozialabbau und Lohndumping – das ist das zynische Motto von Merkels Europa“, urteilt die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, Sahra Wagenknecht. (30)

Preisgekrönte Volksverhetzung

Bevor Frau Merkel die Erläuterungen zum Sparpaket für „die anderen“ in ihrer Diktion der Öffentlichkeit vorstellte, war im April 2011 ein solches Spitzenerzeugnis der deutschen Boulevard-Presse wie BILD in kaum noch zu überbietender Hetze gegen Griechenland und die Griechen zu Felde gezogen. Einige Beispiele:

In der letzten April-Dekade 2010 zog BILD Tag für Tag in jeweils großer Aufmachung gegen die „faulen Griechen“ und die „Pleite-Griechen“ zu Felde.

Die üblen Schlagzeilen lauteten beispielsweise:

„Tschüs, Euro! BILD gibt den Pleite-Griechen die Drachmen zurück.“

Oder: „Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxus-Renten?“

Oder: „Angst um unser Geld. Griechen so gut wie pleite.“

Oder: „Griechen-Pleite immer schlimmer – wieviel Kohle sollen wir noch ins Land stecken?“

Oder: „BILD: Wenn wir den Griechen doch noch mit Milliarden Euro aushelfen müssen, sollten sie dafür auch etwas hergeben – zum Beispiel ein paar ihrer wunderschönen Inseln.

Motto: Ihr kriegt Kohle. Wir kriegen Korfu.“

Oder: „Muss Griechenland die Akropolis verkaufen!“

Der frühere „Bild am Sonntag“-Chefredakteur Michael Spreng bezeichnete die Hetzkampagne als „beispiellos seit Springers Kampf gegen die Ostverträge.“ BILD versuche „die Leser gegen die Griechen in einer Form aufzuwiegeln, die an Volksverhetzung grenze.“ (31) Für ihre fünfteilige „Enthüllungs-Serie zur Griechenland-Pleite“ erhielten die Verfasser den mit 10.000 Euro dotierten Herbert-Quandt-Preis! Er wird jährlich für Beiträge mit einer „sorgfältigen Auswahl und Deutung von Fakten“ sowie für „Qualität in Sprache, Stil und Allgemeinverständlichkeit“ verliehen. BILD hat demnach offenbar mit „allgemeinverständlicher“ Diktion in vorbildlicher Weise den Erfordernissen des mainstream entsprochen.

Zur Plünderung freigegeben

Die Politik der deutschen Bundesregierung gegenüber dem angeschlagenen Griechenland weist noch ein besonderes Kapitel auf. Die Bundeskanzlerin meinte: „Die Solidarität ist mit Konditionen zu verbinden.“ (32) Für die von ihr verstandene „Solidarität“, nämlich die mit Steuergeldern betriebene Rettung der Banken, müssten doch die Griechen spezielle Gegenleistungen erbringen. Und die sollten sich für das deutsche Kapital besonders auszahlen. Das deutsche Modell für die künftige griechische Lohn- und Sozialpolitik ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere, findet Frau Merkel, könnte der Ausverkauf des griechischen Tafelsilbers sein. So entdeckte sie: „Es gibt in Griechenland viel staatlichen Besitz, der privatisiert werden kann.“

Die Troika – IWF, EZB und EU – hatte dafür - mit deutscher Initiative – die Voraussetzungen geschaffen. Der Athener Regierung wurde die Auflage erteilt, bis 2015 im Ergebnis eines Privatisierungsprogramms 50 Milliarden Euro in die Staatskasse zu bringen, um den Verpflichtungen gegenüber den Banken nachkommen zu können. Man kann das Ganze auch auf die von attac geprägte Formel bringen: Griechenland ist „zur Plünderung freigegeben“. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) war sofort bei der Sache und drängte auf Tempo. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bot „deutsche Berater“ an. Deutsche Unionspolitiker verfügen bekanntlich durch den Anschluss der DDR über entsprechende Erfahrungen. Prompt wurde auch eine Agentur „nach dem Vorbild der deutschen Treuhand“ empfohlen. Die FDP brachte, um ihre Präsenz zu beweisen, die Interessen ihrer Klientel zur Geltung. Von Parteichef Philipp Rösler war zu hören: „Es geht um die Privatisierung, auch hier sind schon Mitarbeiter in Griechenland vor Ort aus Deutschland, so dass wir also hier auch schon ganz konkret werden helfen können.“ (33) Der BDI schlug einen „Businessplan“ für die „Plünderung“ vor. Deutsche Manager forderten, die „Investitionsbedingungen“ in Griechenland umgehend zu „verbessern“. (34) „Deutsche Unternehmen jagen nach dem Schnäppchen in Griechenland, während die überschuldete Regierung mit dem Verkauf von Staatseigentum beginnt, um die Finanzen des Landes zu stabilisieren“, vermerkte das „Wall Street Journal.“ (35)

Deutsche Unternehmen sind längst vor Ort im Geschäft.

Die Telekom will ihre Anteile an der Telefongesellschaft OTE erhöhen.

Flughafenbetreiber Fraport übernimmt 55 Prozent der Anteile des neuen Athener Großflughafens. RWE feilscht um die Übernahme des griechischen Stromkonzerns DEH. Die staatliche Athener Lotterie opap soll ebenso privatisiert werden wie die Staatsbahn und die Häfen Piräus und Thessaloniki, wie Gaswerke und Immobilien.

Die deutsche Bundesagentur für Arbeit (BA) hat sich eine spezielle Initiative einfallen lassen: Die Abwerbung qualifizierter Jobsuchender – Ingenieure, IT-Spezialisten, Ärzte, Facharbeiter, Alten- und Krankenpfleger.

Die Wirkungen des Spardiktats zur „Haushaltskonsolidierung“ sind enorm.

Die Mehrwertsteuer wurde von 19 auf 23 Prozent erhöht. Die Verbrauchssteuern bei Benzin und Tabak wurden deutlich angehoben. Eine „Solidaritätssteuer“ auf Nebeneinkommen wurde eingeführt, ebenso eine Kopfsteuer für Freiberufler.

Für im Öffentlichen Dienst Beschäftigte sind gravierende Gehaltskürzungen um bis zu 20 Prozent erfolgt.

Rigoreuse Einschnitte erfolgen im griechischen Bildungswesen. Die Zahl der Lehranstaltungen wird beträchtlich verringert.

Die Wirtschaftsleistung des Landes ist im vergangenen Jahr um 4,5 Prozent geschrumpft. In diesem Jahr wird mit einem weiteren Rückgang um 3,5 Prozent gerechnet.

Mehrere hunderttausend Griechen haben infolge von Rationalisierungsmaßnahmen in den vergangenen Monaten ihre Arbeit verloren. Die Zahl der Arbeitslosen ist offiziell auf 15 Prozent gestiegen, bei jüngeren Arbeitskräften auf 40 Prozent.

Das Spardiktat führt zu einer Verminderung der Massenkaufkraft. Der Konsum ist in den vergangenen Monaten um ein Sechstel zurückgegangen. (36)

20 Prozent der Einzelhandelsgeschäfte und Restaurants mussten bereits schließen. 60.000 Kleinunternehmen gingen bankrott.

Die Staatseinnahmen verringern sich, die Sozialausgaben steigen. Das Staatsdefizit erhöht sich. Griechenland wird, so befürchten Experten, in den ökonomischen Abgrund getrieben.

Proteste gegen Germanisierung Europas

Der Protest gegen die deutsche Hegemonialpolitik wächst.

Politiker und Gewerkschafter der betroffenen EU-Mitgliedsländer sowie Medien äußern ihren Unmut über das aus Berlin zu vernehmende „deutsche Wesen“, an dem die Völker des Euroraums genesen sollen.

Belgiens Premierminister Yves Leterme und Luxemburg Ministerpräsident Jean Claude Juncker üben Kritik vor allem an den Forderungen nach Erhöhung des Renteneintrittsalter und der Senkung der Reallöhne. (37) Juncker verurteilte die Politik der deutschen Bundesregierung: „Diese Art, in Europa Tabuzonen zu errichten und sich gar nicht mit den Ideen anderer zu beschäftigen, ist eine sehr uneuropäische Art, europäische Geschäfte zu erledigen.“ (38)

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk erklärte zur Machart von Frau Merkel :“Warum müssen Sie eine Spaltung demonstrieren? Steht der Rest von uns in Ihrem Weg?“ (39)

Der Generalsekretär des Portugiesischen Gewerkschaftsdachverbandes, Carvalho de Silva, sagt, die deutschen Forderungen widerspiegelten die „Haltung eines puren Kolonialismus“. Bezeichnend sei, dass „die Reichen noch immer in einem System der größten Ausbeutung auf Kosten der ärmeren Länder überleben.“ (40)

Der Vorsitzende der portugiesischen Gewerkschaft UGT, Joab Pronenca, weist darauf hin, dass Merkels Pauschalschelte (über faule Ausländer) „eine tiefe Ignoranz“ zeige. „Sie streue mit falschen Informationen Zwietracht.“ (41)

Die polnische Wirtschaftszeitung „Tygodnik Powszechny“ warnt vor einer „allzu deutschen Union“. (42)

Die italienische Wirtschaftszeitung „Il Sole 24“ befürchtet einen „Kodex zur schrittweisen Germanisierung Europas.“ (43)

Die griechische Zeitung „To Vima“ gibt die Stimmung vieler ihrer Landsleute wieder, wenn sie schreibt:“Der Traum, Europa zu erobern ist in Deutschland wieder da. Das Werkzeug ist dieses Mal nicht die Wehrmacht.“ (44)

Politische Kreise in EU-Ländern befürchten, dass die Berliner Disziplinierungsforderungen „antideutsche Gefühle“ entfachen könnten. Die dumpfen Berliner Parolen, die neoliberalen Sozialabbau verlangten und die auf den Verzicht auf wichtige Souveränitätsrechte der EU-Länder hinausliefen, förderten rechtspopulistische Parteien.

Auch in deutschen Presseorganen sind warnende Stimmen über die forsche vorherrschafliche Politik von Frau Merkel zu vernehmen.

„Der Tagespiegel“ schreibt: „Deutsches Selbstvertrauen ruft in Europa allzu schnell antideutsches Misstrauen aus.“ (45)

„Der Spiegel“ geht auf die diktatorische Methode ein, die Frau Merkel gegenüber Griechenland anwandte und schlussfolgert: „Seither ist Merkels Ruf in Europa ramponiert. Viele sehen in ihr ein Feindbild, eine Verräterin der europäischen Idee, die stur nationale Interessen verfolgt. Diese Kritiker fühlen sich durch die jüngste Entwicklung bestätigt. Die Wut auf die Kanzlerin wächst. Der griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou wirft Merkel vor, ihre Reformpläne könnten Staaten das Rückgrat brechen.“ (46)

Systemkrise

In den zurückliegenden drei/vier Jahren häuften sich die Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems: Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Eurokrise, Schuldenkrise... Lebt die Bundeskanzlerin in einer anderen Welt, wenn sie meint: „Deutschland geht es so gut wie lange nicht.“ (47) Keineswegs, wenn sie „Deutschland“ als Synonym für Konzerne, Großbanken, Versicherungskonzerne und Hedgefonds, für Reiche begreift. Betrug doch der mit einer aggressiven Exportstrategie erzielte deutsche Außenhandelsüberschuss im vergangenen Jahrzehnt 1,2 Billionen Euro. Die deutschen Konzerne verzeichneten im vergangenen Jahr mit der Niedriglohn-Politik einen explosionsartigen Boom. „Bei den Dax-30-Konzernen schossen die Profite um 123 Prozent nach oben, zur höchsten jemals erreichten Marke.“ (48) Das „Handelsblatt“ stellte befriedigt fest: „Deutschlands Konzerne brillieren.“ (49)

Für das Finanzkapital erweist sich die Krise, die es ausgelöst hat, als Goldgrube. Die Zahl der Millionäre in Deutschland ist in der Krise (!) um 62.000 auf 924.000 gestiegen.

Von Deutsche Bank-Chef Ackermann war zu hören, dass man dabei sei, „die Ernte einzufahren.“ „Der Spiegel“ dazu: „Aber die Ernte wovon, von welcher Saat? Allein das Investmentbanking soll sechs Milliarden Euro zum erhofften Jahresgewinn von zehn Milliarden betragen. Ist schon vergessen, dass allzu gieriges Investmentbanking die Finanzkrise ausgelöst hat? Die Deutsche Bank war maßgeblich daran beteiligt.“ (50)

Das Zusammenspiel von Politik und Finanzpolitik ist heute so ausgeprägt wie noch nie. Die Großbanken nutzen skrupellos die staatlichen Einrichtungen, um ihre Pfründe zu sichern. Sie beeinflussen politische Entscheidungen. Deutsche Bank-Chef Ackermann, auch „Schattenkanzler“ genannt, gestaltet die mit Steuermitteln ermöglichten Rettungs-Aktionen für Konzerne und Banken als „Experte“ maßgeblich mit. Beim Gipfel, auf dem über das zweite Griechenland-Rettungspaket entschieden wurde, war nicht nur der in aller Eile hinzugezogene EZB-Chef Trichet, sondern auch Ackermann als „Berater“ gefragt! Den Einfluss der Großbanken auf die Politik beschreibt „Der Spiegel“ so: „Die Banken und Investmentfirmen haben jetzt die Rolle, die früher die Götter hatten. Kaum einer traut sich, sie zu kritisieren. Die Angst vor ihrem Zorn leitet das Verhalten der Politiker.“ (51)

Das Finanzkapital treibt die Politiker vor sich her. Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Thomas Mayer über die Spielregeln im System: „Wenn aber die Finanzmärkte zu der Überzeugung kommen, dass die Politik hinter der Entwicklung herhinkt, dann ist der Primat der Politik verloren, aber aus gutem Grund.“ (52)

Dann müssen eben die Bankster die konkreten Richtlinien der Politik vorgeben.

Dienstbeflissen stellte, wie zu sehen war, die Bundesregierung umgehend hunderte Milliarden für Banken und Industriekonzerne – als „Rettungsschirm“ und Konjunkturspritze – bereit, als die Finanzkrise Deutschland und die anderen EU-Mitgliedsländer erfasst hatte. Die Notenbanken senkten die Leitzinsen. Schwellenländer, vor allem China, brachten Entlastung.

Heute sind diese Faktoren nicht mehr oder nur noch vermindert gegeben. Die Mittel für Konjunkturprogramme sind erschöpft. Fällt Italien, so ist, wie Hermann Schlecht bemerkt, die EU „am Ende ihres Lateins“. (53) Die Schwellenländer haben selbst mit Kriseneinflüssen zu kämpfen. Die Leitzinsen sind schon nicht mehr weiter zu senken. Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU haben sich vergrößert. Die Spaltung der EU hat sich vertieft. Statt der einst beschworenen „fortschreitenden Integration“ und einer „immer engeren Union der Völker Europas“ breitet sich ein Klima der „Renationalisierung“ aus. Eine Sinnkrise, die in Diskussionen und Debatten den Zweck und die Konstruktion der EU in Frage stellt. Rechtspopulistische Kräfte und Parteien greifen die Diskussion auf und betätigen sich – keineswegs erfolglos – als Trittbrettfahrer.

Spardiktate verschlechtern die Lebensbedingungen der Menschen. Die Massenkaufkraft sinkt. Die Arbeitslosigkeit steigt in einigen Ländern. Die gegen die Schuldenkrise ergriffenen rigorosen Sparmaßnahmen erweisen sich als höchst kontraproduktiv für die Bekämpfung der Krisenfolgen. Die Krise wird vielmehr dadurch verschärft. Eine neue Rezession droht.

Die deutsche Elite – in Kapital und Politik – aber gebärdet sich als Heilsbringer.

Was Europa brauche, das sei deutscher Geist, das sei deutsches Wesen denken ihre Exponenten und sie sprechen es auch offen aus. Die Bundeskanzlerin beschwört mit ihrem „Krisenmanagement“ die ökonomische „Germanisierung“ Europas. Einer der Geburtshelfer des Euro, der damalige Finanzminister Eichel, ist überzeugt, dass sich Europa nichts sehnlicher wünsche, als „deutsche Führung“. (55) Der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, drückt das so aus: „Uns kommt in Europa die Führungsrolle zu.“ (56)

Ein bizarres „Rettungs“-Schauspiel von Repräsentanten und Apologeten des kapitalistischen Systems wird der Öffentlichkeit vorgeführt. Die normalen Bürger sollen den Eindruck gewinnen, dass der Auftritt der Krisenmanager ihren Interessen diene. Derweil wird die Krise zu einer gigantischen Umverteilung von Vermögen von unten nach oben genutzt.

Der Schriftsteller Günter Grass hat seine Empörung über diesen Vorgang in die Worte gefasst: „Mir jedenfalls ist sicher, das das kapitalistische System, befördert durch den Neoliberalismus und alternativlos, zu einer Kapitalvernichtungsmaschinerie verkommen ist und fern der einst so erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft nur noch sich selbst genügt: Ein Moloch, asozial und von keinem Gesetz wirksam gezügelt.“ (56)

Quellen

1 Europäische Gemeinschaft, Europäische Union, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1992, Europa Union Verlag, Bonn, S. 173

2 kritische-massen-over-blog.de/article-der-deutsche-umgang-mit-der-krise

3 Junge Welt, 18. August 2011

4 Junge Welt, 20. Juni 2011

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Februar 2011

6 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Februar 2011

7 Berliner Zeitung, 17. August 2011

8 Berliner Zeitung, 18. August 2011

9 [dead.catbounec, blogpost.de](http://dead.catbounec.blogspot.de)

10 german-foreign-policy.com, 16. August 2011

11 fr-online.de/wirtschaft/krise/schaeuble

12 [de.wikipedia.org/WIKI/Agenda 2010](http://de.wikipedia.org/WIKI/Agenda%202010)

13 Stern, 28. Juli 2011
14 Der Spiegel, 19/2010
15 ebenda
16 www.spiegel.de/Politik/Deutschland
17 ebenda
18 Handelsblatt, 12. August 2011
19 Der Spiegel 32/2011
20 Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Pressemitteilungen – online.de
21 www.fr-online.de/wirtschaft/krise/schaeuble
22 www, dgb.de/themen
23 Berliner Zeitung, 19. Juli 2011
24 ebenda
25 Der Tagesspiegel, 20. Mai 2010
26 ebenda
27 ebenda
28 ebenda
29 www.agfriedensforschung.de/themen/Europa
30 Junge Welt, 23./24. Juli 2011
31 German-Foreign-Policy, 3. Mai 2011
32 Der Spiegel, 30/2010
33 www.d.radio.de, 27. Juli 2011
34 German-Foreign-Policy<nesletter
35 Wall Street Journal, 17. Juni 2011
36 Spiegel online Wirtschaft, 6. August 2011
37 [www.mein](http://www.mein.politblog.de) politblog.de
38 Bild.de 9. Dezember 2010
39 Der Spiegel, 6/2010
40 Junge Welt, 30. Mai 2011
41 Der Tagesspiegel, 20. Mai 2011
42 mein politblog.de
43 ebenda
44 ebenda
45 Der Spiegel, 6/2011
46 Der Spiegel, 47/2010
47 Berliner Zeitung, 23./24. Juli 2011
48 www, isw-muenchen.de
49 Handelsblatt, 29. April 2011
50 Der Spiegel, 22/ 2011
51 ebenda
52 d.radio.de, 13. August 2011
53 Junge Welt, 12. Juli 2011
54 Neues Deutschland, 14. Juli 2011
55 Junge Welt, 30. Dezember 2010
56 Süddeutsche Zeitung, 4. Juli 2011